

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 49/78

Berlin

7. Dezember 1978

45. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Übertriebene Währungsspekulation wirkt wachstumshemmend

Immer mehr erweist sich das Währungssystem fast uneingeschränkter Wechselkursflexibilität als Hindernis für eine befriedigende Steuerung der Wirtschaftsprozesse. Obwohl sich die Aussichten verbessert hatten, daß das Konjunkturgefälle zwischen den USA und Westeuropa nicht nur durch eine — leichte — Verlangsamung des Expansionstempos in den USA, sondern auch durch eine Wachstumsbeschleunigung in Westeuropa beseitigt und damit eine wichtige Ursache für das hohe amerikanische Leistungsbilanzdefizit wegfallen würde, wirkte die Währungsspekulation auf einen weiteren Dollarkursverfall hin. Erst in jüngster Zeit konnte diesem Verfall durch Intervention der Notenbanken und durch eine restriktivere Wirtschaftspolitik in den USA Einhalt geboten werden.

Die Währungsspekulation ging offensichtlich davon aus, daß es in den USA vorläufig nicht gelingen werde, das Inflationstempo zu verringern, sondern daß es eher noch zunehmen werde. Nur so ist zu erklären, daß der Dollarkurs auch gegenüber den Währungen der Länder sank, in denen die Preise nicht langsamer als in den USA stiegen. Eine solche Erwartungsbildung der Währungsspekulation trägt letztlich dazu bei, daß sich diese Erwartungen auch erfüllen. Die USA sind zwar weit weniger außenwirtschaftsverflochten als die übrigen Industrieländer, doch wirken hier kräftig steigende Importpreise ebenfalls inflationsverstärkend.

In einem System frei schwankender Wechselkurse orientieren sich somit mehr als in jedem anderen

Währungssystem die Sanktionen am Ziel der Preisstabilität. Durch die Spekulation werden diejenigen Länder, in denen das Ziel der Preisstabilität stärker verfehlt wird als in anderen, „gestraft“, und die Länder, die diesem Ziel am nächsten kommen, „belohnt“. Ein Wechselkursverfall erschwert den einen die Inflationsbekämpfung, eine Kurssteigerung erleichtert sie den anderen. Daß die USA dem Beschäftigungs- und Wachstumsziel nähergekommen sind als die Länder mit großen Preisstabilisierungserfolgen, ist dagegen für die Währungsspekulation unerheblich. Das Erreichen des Beschäftigungs- und Wachstumsziels wird für sich genommen im System flexibler Kurse nicht „belohnt“.

Zwar ist auch in einem Währungssystem, wie es jetzt von den EG-Ländern angestrebt wird, Geldwertstabilität die entscheidende Richtgröße für die Spekulation. Ein Auseinanderlaufen der Inflationsraten führt aber in diesem System nicht sogleich zu einer Änderung der Wechselkursrelationen. Vielmehr können diese zunächst stabil gehalten werden. Zu diesem Zweck müssen allerdings einem Land, in dem die Preissteigerungen relativ hoch sind, Überbrückungskredite gewährt werden. Ein solches Land sieht sich dann nicht gezwungen, die Inflation abrupt durch eine harte Restriktionspolitik, mit der das Wachstum abgewürgt und wieder vermehrte Arbeitslosigkeit erzeugt wird, zu bekämpfen, um zu verhindern, daß durch den Wechselkursverfall eine Preis-Lohn-Spirale in Gang kommt. Wird einem Land durch Kreditgewährung eine

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

Länder	Gewichte ¹⁾ 1977 in vH		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH								
	B S P	Ausfuhr der BRD	1976			1977			1978 ²⁾		
			real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾	real	nominal	Preise ³⁾
Bundesrep. Deutschland	11,3	-	5,7	9,2	3,3	2,6	6,3	3,6	3	7	4
Frankreich	8,3	18,1	4,2	15,1	10,5	3,0	12,0	8,7	3	13,5	10
Großbritannien	5,3	7,9	3,7	19,1	14,9	1,2	14,6	13,2	3,5	14,5	10,5
Italien	4,3	10,1	5,7	25,0	18,3	1,7	20,3	18,3	2	15,5	13
Niederlande	2,3	14,8	4,5	13,5	8,6	2,4	9,7	7,1	2,5	8	5,5
Belgien	1,8	11,5	5,8	13,9	7,7	1,2	8,1	6,8	2,5	8,5	6
Dänemark	1,0	3,2	6,3	15,4	8,6	1,8	10,9	8,9	1,5	10,5	9
Irland	0,2	0,4	2,7	22,3	19,1	5	19,5	14	5,5	15	9
EG	34,5	-	5,0	14,9	9,5	2,3	11,2	8,7	3	11	8
Schweden	1,7	4,7	1,4	12,6	11,0	-2,5	8,7	11,5	1	11	10
Schweiz	1,4	6,8	-1,4	1,3	2,7	2,3	2,6	0,3	2	4	2
Österreich	1,0	7,8	6,2	10,9	4,4	3,7	8,9	5,0	1,5	6	4,5
Norwegen	0,8	2,1	5,8	13,9	7,7	4,1	11,8	7,4	3	9,5	6,5
Europ. Industrieländer	39,4	-	4,6	14,2	9,2	2,1	10,8	8,4	2,5	10,5	7,5
Europ. Industrieländer o. BRD	28,1	-	4,2	16,2	11,5	2,0	12,6	10,4	2,5	12	9
Europ. Industrieländer o. BRD ⁴⁾	-	87,4	4,3	14,6	9,9	2,1	11,1	8,9	2,5	10,5	8
USA	41,2	9,8	5,7	11,2	5,2	4,9	11,0	5,8	4	12	7,5
Kanada	4,3	1,2	5,5	15,8	9,8	2,7	9,7	6,8	3,5	12,5	8,5
Japan	15,1	1,6	6,4	12,3	5,5	5,2	11,0	5,5	6	11	4,5
Außereurop. Industrieländer	60,6	-	5,9	11,8	5,6	4,8	10,9	5,8	4,5	12	7
Außereurop. Industrieländer ⁴⁾	-	12,6	5,8	11,8	5,7	4,7	10,9	5,9	4	12	7
Insgesamt	100,0	-	5,4	12,7	7,0	3,8	10,8	6,8	4	11,5	7
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	88,7	-	5,3	13,2	7,5	3,9	11,4	7,3	4	12	7,5
Insgesamt o. BRD ⁴⁾	-	100,0	4,3	14,3	9,4	2,4	11,1	8,5	2,5	10,5	8

1) Auf Dollarbasis.- 2) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- 3) Deflationierungsfaktor.- 4) Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der deutschen Warenausfuhr.
Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

Schonfrist eingeräumt, so kann es besonnen vorgehen und die Inflation auch durch eine Einkommenspolitik bekämpfen, die auf einen Konsens über die Einkommensverteilung hinzuwirken und Wachstumseinbußen und Beschäftigungseinbrüche so gering wie möglich zu halten sucht. Eine solche Politik ist nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt. Ob es dann überhaupt zu einer Wechselkursänderung kommt, ist keineswegs gewiß, der Währungsspekulation wird nicht jedes Risiko genommen.

Auch die USA, in denen die Preise im letzten Jahr stärker als die Lohnsätze stiegen, hatten durchaus eine Chance, mithilfe einkommenspolitischer Maßnahmen ohne ein abruptes Abwürgen der Expansion die Akzeleration von Preisen und Löhnen zu vermeiden. Nachdem jedoch die Währungsspekulation auf einen weiteren Dollarkursverfall hingewirkt hatte, konnte sich die amerikanische Regierung nicht mehr dem im System flexibler Wechselkurse bestehenden Zwang zum „Wohlverhalten“ widersetzen, dem sie sich zuvor durch Ausweitung der als Reservemedien gehaltenen Dollarbestände entzogen hatte. Die monetären Instanzen schlagen jetzt in der Geld- und Zinspolitik eine erheblich restriktivere Gangart ein. Dies läßt befürchten, daß die Investitionsneigung der Unternehmen und damit das Wachstum stärker, als bisher angenommen, beeinträchtigt werden, wenn es

nicht sogar im nächsten Jahr zu einer rezessiven Entwicklung kommt.

Für die Lösung des Inflationsproblems ist es jedoch unter längerfristigem Aspekt entscheidend, daß die Anlageinvestitionen der Unternehmen kräftig ausgedehnt werden. Obwohl es den USA in den letzten Jahren anders als den übrigen Industrieländern gelang, ein relativ stetiges Wirtschaftswachstum aufrechtzuhalten, liegt die Investitionsquote in den USA erheblich unter der in den anderen Ländern, von Großbritannien und Italien abgesehen. Die amerikanischen Unternehmen weiteten die Investitionen zwar stärker aus als die Unternehmen anderer Volkswirtschaften. Gemessen an den Erfordernissen für die Beibehaltung eines langfristig stetigen Wirtschaftswachstums ist die Investitionsquote jedoch nicht hoch genug. Dies wird auch an der Produktivitätsentwicklung der amerikanischen Wirtschaft deutlich, die sich in den letzten Jahren immer mehr abschwächte. Diese Abschwächung, bei der sich der Lohnstückkostenanstieg beträchtlich verstärkte, war eine wichtige Ursache für die Inflationsbeschleunigung.

Es wäre eine Fehleinschätzung, sähe man in dem so verstärkten Lohnstückkostenanstieg die Ursache für die unzureichende Investitionsneigung. Für das vorsichtige Investitionsverhalten dürfte vielmehr entscheidend sein, daß die amerikanischen Unternehmen

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Gütern und Diensten			Importe von Gütern und Diensten		
	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾	1976	1977	1978 ¹⁾
Bundesrep. Deutschland	3,7	3,1	3,5	2,5	1,0	3	5,0	4,1	4,5	11,2	3,9	4	11,1	4,3	5
Frankreich	5,1	2,5	3,5	4,6	3,8	4	3,9	-0,6	2,5	9,2	6,3	6,5	19,2	1,0	7
Großbritannien	0,2	-0,9	5,5	2,1	-0,4	1,5	-1,6	-3,7	2	9,1	6,7	4	4,0	0,3	6
Italien	3,4	2,1	2	1,8	2,3	2	1,9	0,1	-1,5	13,7	5,8	5	14,9	-1,0	3
Niederlande	3,8	4,3	3	4,0	3,6	1,5	-1,8	11,1	2,5	10,7	-2,1	3	10,9	3,6	3
Belgien	6,0	2,1	2	5,0	3,4	3,5	2,2	-0,7	2	8,4	3,5	5,5	9,2	4,4	5
Dänemark	5,5	0,9	-1	5,1	2,8	2	29,9	-3,5	1	4,0	3,4	3	16,7	-1,4	1
Irland	2,8	2,8	7	5,4	2,1	5	2,3	4,4	10,5	8,0	11,0	11,5	15,4	9,0	13
EG	3,6	2,2	3,5	3,1	1,8	2,5	3,6	1,4	2,5	10,2	4,3	4,5	11,8	2,3	5
EG o. BRD	3,6	1,7	3,5	3,5	2,3	2,5	3,0	0	1,5	9,8	4,5	5	12,1	1,4	5
Schweden	4,3	-0,9	-2	4,8	2,7	3	-1,8	-3,4	-2,5	4,4	0,3	4	7,4	-3,1	-3
Schweiz	1,1	2,8	2,5	2,7	-0,1	2	-10,5	1,5	1,5	9,3	9,6	4,5	13,1	9,3	8,5
Österreich	4,6	6,2	-1,5	3,7	1,9	2	5,2	6,4	0	12,2	6,1	5,5	20,7	9,5	-1,5
Norwegen	6,3	4,6	-1	7,0	10,2	4,5	9,5	1,3	-13,5	9,4	7,2	8,5	12,0	2,2	-12,5
Europ. Industrieländer	3,7	2,2	3	3,3	2,0	2,5	3,2	1,3	1,5	10,0	4,5	4,5	12,0	2,5	4
Europ. Industrieländer o. BRD	3,6	1,9	2,5	3,7	2,5	2,5	2,5	0,2	0,5	9,6	4,7	5	12,3	1,9	3,5
USA	5,8	4,7	3,5	1,8	3,6	3,5	5,7	9,5	6	6,6	2,4	8	19,3	10,2	4,5
Kanada	6,4	2,8	4	1,9	2,0	2,5	2,2	0,3	0,5	9,4	7,4	6	8,0	2,5	4,5
Japan	4,4	3,8	4,5	3,7	4,3	4	3,1	3,7	7	20,0	11,3	6	8,0	4,2	7
Außereurop. Industrieländer	5,5	4,4	4	2,1	3,6	3,5	4,5	6,7	6	11,0	5,8	7	14,5	7,4	5
Insgesamt	4,8	3,5	3,5	2,6	2,9	3	4,0	4,5	4	10,4	5,0	5,5	12,9	4,4	4,5
Insgesamt o. BRD	4,9	3,6	3,5	2,6	3,2	3	3,8	4,6	4	10,2	5,2	6	13,3	4,4	4,5

1) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- Gewichte 1977 auf Dollarbasis.
Quellen: Vgl. Tabelle Entwicklung des Bruttosozialprodukts.

bei einem in der gesamten Weltwirtschaft nur mäßigen Expansionsklima und angesichts der Probleme, die sich aus dem Konjunkturgefälle zwischen den USA und Westeuropa ergeben haben, nicht mit der Fortsetzung der Nachfrageexpansion im bisherigen Tempo rechnen.

Eine Konjunkturabschwächung in den USA wird nicht ohne Rückwirkungen auf die Entwicklung in der übrigen Welt bleiben. Zwar hat sich die Expansion in der Bundesrepublik Deutschland und in Japan — den beiden anderen Ländern, von denen die Übernahme einer Lokomotivfunktion erwartet wurde — leicht beschleunigt. Jedoch sind diese beiden Volkswirtschaften allein kaum in der Lage, einem Konjunkturreinbruch, der von den USA ausgeht, in ausreichendem Maße entgegenzuwirken. Noch weniger kann von den übrigen Industrieländern erwartet werden, daß sie Abschwächungstendenzen, die von außen kommen, abwehren können. In einigen dieser Länder ist sogar ebenfalls mit einem Abflauen der Binnenkonjunktur zu rechnen.

Zu ihnen gehört vor allem Großbritannien. Nachdem sich hier die Nachfrageexpansion im laufenden Jahr erheblich beschleunigt hatte, belastet gegenwärtig das Ringen um einen einkommenspolitischen Konsens die weitere Entwicklung. Durch die Verbesserung der Absatz- und Gewinnsituation änderte sich die Konstellation zunächst in einer Weise, daß mit einem von den Investitionen getragenen Aufschwung

gerechnet werden konnte. So wurde das wirtschaftliche Wachstum im bisherigen Verlauf des Jahres nicht nur durch die Ausweitung des privaten Verbrauchs, sondern auch durch eine beachtliche Steigerung der privaten Anlageinvestitionen gestützt.

Da aber die mit dem Belebungsprozeß einhergehende Änderung der Einkommensverteilung zugunsten der Unternehmen bereits wieder das Klima der Lohnverhandlungen erhitzt hat, ist die Gefahr groß, daß der Expansionsprozeß zu einer Beschleunigung der Lohn- und Preissteigerungen führt. Hierauf wird die Wirtschaftspolitik reagieren, indem sie wieder einen restriktiveren Kurs einschlägt. Die Aussichten, daß es gelingt, einen länger anhaltenden Wachstumsprozeß vor allem durch kräftige Investitionssteigerungen in Gang zu setzen, sind deshalb schlechter geworden.

In Frankreich hat sich das Wirtschaftswachstum nach der Sommerpause wieder leicht beschleunigt, nachdem es im ersten Halbjahr 1978 hinter den offiziellen Prognosen zurückgeblieben war. Die Entwicklung der Industrieproduktion ist seit einigen Monaten wieder positiv. Hierzu haben sowohl Auslands- als auch Inlandsnachfrage beigetragen. Steigende Exporte bei stagnierenden Importen haben überdies in den letzten Monaten zu zunehmenden Überschüssen in der Handelsbilanz geführt. Die Währungsreserven liegen um fast 20 vH über dem Stand des Vorjahres. Im Inland wird die Nachfragebelebung immer noch vor allem vom privaten Verbrauch getragen. Hierauf

Entwicklung der Verwendungsstruktur¹⁾
in vH

Länder	Privater Verbrauch				Öffentlicher Verbrauch				Bruttoanlageinvestitionen				Exporte von Gütern und Diensten				Importe			
	1975	1976	1977	1978 ²⁾	1975	1976	1977	1978 ²⁾	1975	1976	1977	1978 ²⁾	1975	1976	1977	1978 ²⁾	1975	1976	1977	1978 ²⁾
BRD	56,7	55,7	56,0	56,2	18,4	17,9	17,6	17,6	22,0	21,9	22,2	22,5	26,9	28,3	28,6	28,9	23,7	25,0	25,3	25,8
Frankreich	62,3	62,8	62,4	62,8	13,1	13,2	13,3	13,4	23,0	22,9	22,1	22,0	19,1	20,1	20,7	21,4	17,2	19,7	19,3	20,1
Großbritannien	61,4	59,4	58,1	59,2	22,3	21,9	21,6	21,2	20,2	19,2	18,3	18,0	26,2	27,6	29,1	29,2	28,2	28,3	28,1	28,7
Italien	65,5	64,0	64,3	64,3	13,8	13,3	13,4	13,4	17,9	17,3	17,0	16,4	21,6	23,2	24,2	24,9	18,6	20,2	19,7	19,9
Niederlande	57,6	57,2	58,2	58,5	18,2	18,1	18,4	18,2	20,8	19,5	21,2	21,2	52,2	55,3	52,9	53,1	48,7	51,7	52,3	52,5
Belgien	61,9	62,0	62,6	62,3	14,4	14,2	14,5	14,7	21,2	20,5	20,1	20,0	54,3	55,7	56,9	58,6	51,3	52,9	54,5	55,9
Dänemark	57,4	56,9	56,4	55,0	22,0	21,8	22,0	22,1	18,5	22,6	21,4	21,3	31,2	30,5	31,0	31,4	29,8	32,7	31,7	31,5
Irland	65,7	65,7	64,4	65,3	17,3	17,8	17,3	17,2	21,7	21,6	21,5	22,5	40,1	42,2	44,6	47,1	42,9	48,3	50,1	53,6
Schweden	52,1	53,6	54,5	52,8	24,9	25,7	27,1	27,6	21,0	20,3	20,1	19,4	28,7	29,6	30,4	31,3	30,0	31,8	31,6	30,3
Schweiz	59,9	61,5	61,8	62,1	11,3	11,8	11,5	11,5	25,1	22,7	22,6	22,5	40,5	44,8	48,0	49,2	35,4	40,5	43,3	46,1
Österreich	58,6	57,6	59,0	57,3	12,3	12,0	11,8	11,9	28,1	27,9	28,6	28,1	38,4	40,6	41,5	43,1	37,1	42,2	44,5	43,2
Norwegen	53,9	54,1	54,4	52,3	15,3	15,5	16,4	16,7	32,4	33,6	32,7	27,4	43,2	44,7	46,1	48,5	46,4	49,1	48,2	40,9
USA	64,4	64,5	64,3	64,0	19,2	18,5	18,3	18,2	15,3	15,3	16,0	16,3	7,5	7,5	7,4	7,7	5,6	6,3	6,7	6,7
Kanada	62,6	63,1	63,1	63,4	18,9	18,3	18,2	18,0	23,6	22,8	22,3	21,7	21,2	22,0	23,0	23,6	26,2	26,9	26,8	27,1
Japan	55,5	54,4	53,7	52,9	7,6	7,4	7,3	7,2	32,6	31,6	31,2	31,5	15,5	17,4	18,4	18,4	11,5	11,6	11,5	11,6

1) Anteile realer Größen am realen Bruttosozialprodukt. - 2) Geschätzt.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

haben sicherlich auch die — aufgrund der Anhebung der Mindestlöhne — im zweiten Quartal des Jahres äußerst kräftigen Lohnsteigerungen Einfluß gehabt. Die deutliche Dämpfung der Lohnsteigerungen im dritten Quartal wird jedoch die Entwicklung des privaten Verbrauchs kaum wesentlich beeinträchtigen. Da sich die Preissteigerungen trotz Aufhebung der Preiskontrollen verlangsamen, konnten die Realeinkommen weiter deutlich steigen. In den letzten drei Monaten entsprachen die Preiserhöhungen einer jährlichen Rate von 8,5 vH.

Die Prognose für 1979 ist vor allem wegen der schwierigen Einschätzung der Investitionsentwicklung mit Unsicherheiten behaftet. Die gesamtwirtschaftliche Investitionsquote hat sich in den siebziger Jahren zwar nur langsam, aber ständig verringert. Eine Belebung der Investitionstätigkeit ist daher nicht nur aus konjunkturellen, sondern auch aus längerfristigen wachstumspolitischen Erwägungen erforderlich. Die Entwicklung der Auslandsnachfrage und des inländischen privaten Verbrauchs schaffen bereits eine wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der Investitionsneigung. Auf der anderen Seite ist die Gewinnquote seit der Rezession zwar gestiegen, sie liegt jedoch immer noch deutlich unter dem Niveau zu Beginn der siebziger Jahre. Will die Regierung die Investitionen über eine Verbesserung der Gewinnsituation — wie für 1979 vorgesehen — beleben, so wird sie vorsichtig vorgehen müssen; denn die Zunahme der Realeinkommen und damit der privaten Kaufkraft dürfen andererseits nicht zu stark begrenzt werden. So-

lange sich aber die Investitionen nicht im erforderlichen Maße beleben, muß der Staat die Investitionslücke durch eigene Ausgabenprogramme ausfüllen. Die Arbeitslosigkeit, die im Oktober erheblich über dem Vorjahrsniveau lag, läßt der Regierung keine andere Wahl, als schon bald erneut beschäftigungspolitisch aktiv zu werden.

Die jüngste Prognose der Regierung Italiens, nach der das Bruttosozialprodukt 1979 um 4 vH zunehmen wird, ist ebenfalls sehr unsicher. Es gibt indes eine Reihe von Konjunkturindikatoren, die auf eine anhaltende Konsolidierung der wirtschaftlichen Entwicklung hindeuten. So ist die Industrieproduktion im dritten Quartal dieses Jahres um etwa 4 vH höher als im entsprechenden Vorjahrszeitraum, obwohl die Maßnahmen der Regierung aus dem Programm 1978 - 1981 zur Förderung der Produktion und des Wohnungsbaus erst jetzt anlaufen. Seit anderthalb Jahren schließt die Zahlungsbilanz in jedem Monat mit einem Überschuß ab; die Währungsreserven haben sich im Vorjahrsvergleich um etwa 30 vH erhöht. Die Lohn- und Preissteigerungen lagen im dritten Quartal zum erstenmal seit langer Zeit unterhalb zweistelliger Steigerungsraten.

Verschiedene Faktoren sprechen also dafür, daß es gelungen ist, die Basis für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum zu verbreitern. Jedoch weist das konjunkturelle Bild nicht nur positive, sondern auch negative Züge auf. Einerseits wird das Wirtschaftswachstum von einer relativ stetigen Entwicklung des

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

Länder	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen			unselbständiger Arbeit			Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾			Lohnstückkosten ²⁾		
	in Landeswährung									in SZR					
	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾	1976	1977	1978 ³⁾
Bundesrep. Deutschland	15,2	3,5	8,5	7,3	7,1	6	9,0	0,9	5,5	1,5	4,4	3	4,3	12,0	11
Frankreich	18,5	12,1	14	15,2	13,4	14	13,7	8,8	10,5	10,6	10,1	10,5	4,3	5,9	12
Großbritannien	25,0	30,8	18,5	14,5	9,8	13,5	21,4	30,7	14,5	11,2	9,7	9,5	-4,9	4,8	12,5
Italien	25,3	12,8	17,5	22,0	21,8	14	18,5	10,9	15	15,4	19,8	11,5	-4,8	11,7	8,5
Niederlande	24,3	9,7	8	11,0	8,8	8	18,9	7,1	5,5	6,2	6,3	5,5	6,8	13,2	11,5
Belgien	13,7	5,4	7,5	14,4	9,1	9	7,5	4,2	5	8,1	7,8	6,5	8,3	14,8	13,5
Dänemark	20,9	5,5	9	12,9	11	9	13,7	3,5	7,5	6,2	9	7,5	6,2	8,5	9
Irland	19,2	11	11,5	18,3	21	15	16,1	5	5,5	15,2	15	9	-1,5	10	12
EG	19,2	10,5	12	13,1	11,3	10,5	13,6	8,8	8,5	7,6	8,7	7	2,7	10,4	11,5
Schweden	-15,1	-23,9	5,5	18,6	12,6	11	-16,3	-21,9	4,5	17,0	15,5	10	17,3	11,0	2
Schweiz	4,4	2,9	6	1,1	2,1	3	5,9	0,6	4	2,5	-0,2	1	11,3	2,6	26,5
Österreich	13,2	5,7	3	10,5	10,4	7	6,6	1,9	2	4,0	6,5	6	6,2	14,5	12,5
Norwegen	7,7	11,3	11,5	15,3	12,3	9	1,8	7,1	8,5	9,0	8,1	6	9,8	9,6	0,5
Europ. Industrieländer	17,4	9,2	11,5	12,9	11,0	10,5	11,5	6,8	8	7,8	8,6	7	4,0	10,2	11,5
USA	13,6	12,3	10,5	11,4	11,2	12,5	7,5	7,0	4,5	5,4	6,0	8	10,8	4,8	1
Kanada	13,2	6,3	16	15,6	10,9	12	7,3	3,5	13,5	9,6	8,0	7,5	18,9	-1,0	-6
Japan	9,4	8,5	13	13,0	12,5	10	3,2	3	4,5	6,6	7	4,5	12,2	17	24
Außereurop. Industrieländer	12,2	10,6	9,5	12,1	11,4	12	6,2	5,2	6	6,5	6,7	7	12,7	7,4	6,5
Insgesamt	14,2	10,1	10,5	12,4	11,3	11,5	9,5	6,2	7,5	7,3	7,9	7	7,2	9,2	9,5

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttosozialprodukts.- 3) Schätzungen auf 0,5 Prozentpunkte gerundet.- Gewichtet mit 1976er Anteilen. Für 1) und 2): Ausfuhr aus Dollarbasis.
Quellen: SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

privaten Verbrauchs getragen, zu der auch die Steigerung der realen Einkommen infolge des abge-

Entwicklung der bereinigten Verteilungsstruktur
in vH

Länder	Bereinigte Lohnquote ¹⁾				Bereinigte Gewinnquote ²⁾			
	1975	1976	1977	1978 ³⁾	1975	1976	1977	1978 ³⁾
Bundesrep. Deutschland	86,2	84,1	84,6	83,9	13,8	15,9	15,4	16,1
Frankreich	89,3	87,9	87,8	87,5	10,7	12,1	12,2	12,5
Großbritannien	90,6	89,2	86,2	85,5	9,4	10,8	13,8	14,5
Italien	96,8	95,6	99,7	98,5	3,2	4,4	0,3	1,5
Niederlande	88,5	85,5	85,2	84,9	11,5	14,5	14,8	15,1
Belgien	84,3	84,4	85,0	85,4	15,7	15,6	15,0	14,6
Dänemark	90,8	88,4	89,3	88,9	9,2	11,6	10,7	11,1
Irland	99,3	99,0	99,7	99,9	0,7	1,0	0,3	0,1
Schweden	90,6	95,0	98,8	99,0	9,4	5,0	1,2	1,0
Schweiz	75,2	74,3	74,0	73,3	24,8	25,7	26,0	26,7
Österreich	81,0	79,7	80,0	80,5	19,0	20,3	20,0	19,5
Norwegen	91,9	93,0	92,4	91,3	8,1	7,0	7,6	8,7
USA	84,3	84,0	83,9	84,3	15,7	16,0	16,1	15,7
Kanada	81,0	81,5	82,6	81,7	19,0	18,5	17,4	18,3
Japan	90,3	90,5	91,5	90,4	9,7	9,5	8,5	9,6

1) Anteil des Einkommens der unselbständig Beschäftigten am Volkseinkommen dividiert durch den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Gesamtbeschäftigten. Bei dieser Bereinigung wird zum Einkommen der Arbeitnehmer ein fiktives Arbeitseinkommen der Selbständigen in Höhe des durchschnittlichen Arbeitnehmer Einkommens hinzugegerechnet.- 2) Komplementäre Größe zur bereinigten Lohnquote.- 3) Geschätzt.
Quellen: OECD, Labor force statistics; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW.

schwächten Preisanstiegs beitrug. Andererseits stagniert die private Investitionstätigkeit immer noch. Kommt es nicht bald zu einer stärkeren Investitionssteigerung, so wird die künftige Entwicklung von Produktion und Produktivität von der Angebotsseite stark eingengt. Schon seit Beginn der siebziger Jahre hat sich die Investitionsquote in Italien ständig verringert; sie weist heute den niedrigsten Stand unter den europäischen Industrieländern auf. Auch die Gewinnquote ist seit 1973 rapide gesunken. Zwar würde sich die Gewinnsituation verbessern, wenn die Unternehmen wieder stärker investierten. Dazu müßten jedoch vom Staat Anstöße in Form einer die langfristigen Absatzwartungen stabilisierenden Nachfragestrategie ausgehen. Dabei müßte allerdings verhindert werden, daß staatliche Programme nicht wieder, wie schon so häufig, im Dickicht administrativer Hemmnisse steckenbleiben oder — wie etwa im Falle der neuerrichteten Stahlwerke im Mezzogiorno — nach regional-opportunisticem Interesse ineffizient gestaltet werden. Ohne eine kurzfristig allerdings schwer zu erreichende Investitionssteigerung wird es auch 1979 nicht gelingen, ein Wachstum des Bruttosozialprodukts herbeizuführen, das wesentlich über 3 vH hinausgeht.

Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur kräftigt sich

In der Bundesrepublik hat die konjunkturelle Erholung Fortschritte gemacht. Von Kalenderunregelmäßigkeiten und Saisonschwankungen bereinigt nahm im dritten Viertel dieses Jahres das reale Brutto-sozialprodukt um 2,5 vH, das nominale um 4 vH zu. Nach wie vor gehen die treibenden Kräfte von der Inlandsnachfrage aus; allerdings hat die Schwäche der Auslandsnachfrage zuletzt nicht mehr so stark bremsend gewirkt wie bis zum Sommer.

Besonders ausgeprägt sind die konjunkturellen Auftriebskräfte in der Bauwirtschaft. Dies zeigt sich bisher vor allem in der im Vergleich zum vorigen Jahr grundsätzlich veränderten Auftragslage: Im Bauhauptgewerbe sind nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes die Auftragsbestände dem Werte nach um etwa 30 vH höher als ein Jahr zuvor. Überdurchschnittlich ist die Zunahme im Wohnungsbau sowie im sonstigen Tiefbau. Aber auch in den Bereichen mit unterdurchschnittlicher Zunahme des Auftragsbestandes hat sich die Lage erheblich verbessert, so im Unternehmensbau mit einem Anstieg der Bestände um rund 15 vH und im öffentlichen Hochbau um rund 20 vH. Selbst in realer Rechnung, also bereinigt um die inzwischen eingetretenen Preiserhöhungen bei Bauten, die im Vorjahrsvergleich etwa 6 vH ausmachen, bleibt eine erhebliche Zunahme der Auftragspolster zu registrieren. Seit dem Frühjahr steigt auch die Produktion der Bauwirtschaft kräftig; ihr Vorjahrsniveau hat sie im Bauhauptgewerbe zuletzt um rund 10 vH überschritten.

Eine ebenfalls stabile Aufwärtstendenz weist die Nachfrage im verarbeitenden Gewerbe auf. In diesem Sektor konnten die Auftragsbestände spürbar erhöht werden. Im September lagen sie nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes für ausgewählte Wirtschaftszweige um 12,5 vH über dem Vorjahrsniveau. Wegen der nur geringen Preissteigerungsrate bei Erzeugnissen des verarbeitenden Gewerbes bringt diese Zahl auch die reale Tendenz der Auftragsbestandsentwicklung zum Ausdruck. Die Aufteilung nach Aufträgen aus dem Inland und aus dem Ausland zeigt deutlich die nach wie vor bestehende Differenzierung der konjunkturtragenden Kräfte: Der Bestand an Inlandsaufträgen war um 16 vH höher als ein Jahr zuvor, derjenige an Auslandsaufträgen dagegen nur um 5 vH. In der laufenden Entwicklung der Auslandsbestellungen scheint sich in jüngster Zeit allerdings eine Verbesserung anzubahnen, obwohl auch bei dieser Betrachtung die Auslandsnachfrage beim verarbeitenden Gewerbe schwächer expandierte als die Inlandsnachfrage. Die Entwicklung bei den einzelnen Gruppen des verarbeitenden Gewerbes läßt weitere Unterschiede erkennen. Vom Anstieg der Be-

stellungen aus dem Inland profitieren alle Bereiche, während die Auslandsnachfrage allein beim Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe und beim Verbrauchsgütergewerbe expandierte; das für den gesamten Exportverlauf entscheidende Investitionsgütergewerbe erhält dagegen noch keine Impulse von der Auslandsnachfrage. Neben dem hohen Außenwert der D-Mark lag dies auch an der noch immer schwachen Investitionskonjunktur im Ausland.

Mit der insgesamt verbesserten Nachfragesituation hat sich die Produktion des verarbeitenden Gewerbes, die bis zum Frühjahr konjunkturell zurückgegangen war und dabei sogar ihr Vorjahrsniveau unterschritten hatte, belebt. Zuletzt wurde das Vorjahrsniveau wieder deutlich — um etwa 4 vH — übertroffen.

Die Bedeutung der Inlandsnachfrage für die wieder in Gang gekommene Konjunktur in der Bundesrepublik lassen die Daten der vierteljährlichen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für das dritte Quartal 1978 erkennen¹. Im Vorjahrsvergleich stieg die inländische Nachfrage nach Investitions- und Verbrauchsgütern real insgesamt um 4 vH. Die Bruttoinvestitionen des Staates nahmen dabei weit überdurchschnittlich, nämlich um 11 vH zu. Mit einem Anstieg von real knapp 6 vH leisteten auch die Bruttoinvestitionen der Unternehmen einen spürbaren Wachstumsbeitrag. Der reale private Verbrauch expandierte dagegen mit 3,5 vH sogar etwas verlangsamt.

Das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorpreisen) hat im dritten Vierteljahr sein Vorjahrsniveau mit rund 9 vH (zu jeweiligen Preisen) deutlicher übertroffen als in der davorliegenden Zeit. Die Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Einkommensexpansion kam dem Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zugute. Es erhöhte sich im Vorjahrsvergleich um über 15 vH; netto stieg es aufgrund der verminderten Steuerbelastung noch stärker, nämlich um 19 vH. Die Einkommen der Arbeitnehmer nahmen stetig zu; bei nur wenig gestiegener Zahl der Beschäftigten — in der Industrie ging die Beschäftigung sogar nochmals zurück — lag die Brutto-lohn- und -gehaltsumme um 6 vH über ihrem Vorjahrsstand, netto aufgrund der steuerlichen Entlastung um 8 vH.

Die deutliche Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen, die schon im zweiten Viertel dieses Jahres eingesetzt hatte, hat sicherlich auch bei der Zunahme der Investitionsneigung der Unternehmen

¹ Vgl. Kräftiger Anstieg des Bruttosozialprodukts. Bearb.: Karin Müller-Krumholz. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 46 - 47/78. S. 444 ff.

eine Rolle gespielt, auch wenn der immer dringender werdende Nachhol- und Ersatzbedarf wohl die entscheidende Antriebskraft zur Steigerung der privaten Investitionen ist und für die nächste Zeit bleiben wird.

Die konjunkturelle Belegung der Produktion wirkte sich günstig auf das Kostenniveau aus: Bei verstärktem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität je geleisteter Arbeitsstunde lagen die Lohnstückkosten im dritten Quartal nur noch um 2,5 vH über dem Vorjahrsniveau. Diese Entwicklung hat neben anderen Faktoren dazu beigetragen, daß sich die Preissteigerungsrate beim privaten Verbrauch weiter zurückbilden konnte; im Oktober war der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte nur noch um 2,1 vH höher als ein Jahr zuvor.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich dagegen die Lage bisher kaum verändert. Saisonbereinigt ist die Zahl der Arbeitslosen nur geringfügig zurückgegangen, die der offenen Stellen noch nicht so stark gestiegen, daß schon von einer Tendenzwende gesprochen werden könnte. Die derzeit sehr gute Auftragslage und der hohe Beschäftigungsgrad der Bauwirtschaft könnten allerdings dazu führen, daß — günstige Witterungsverhältnisse vorausgesetzt — der übliche saisonale Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kommenden Wintermonaten deutlich geringer ausfällt als in den vergangenen Jahren. Die Bauwirtschaft, die schon jetzt über einen Mangel an Facharbeitern berichtet, wird mit Entlassungen vorsichtiger sein und außerdem versuchen, ihre Produktion durch Weiterarbeit auch unter weniger günstigen Witterungsbedingungen zu vergrößern².

Ausblick

In allen bisher vorliegenden Konjunkturprognosen wird eine Fortsetzung des konjunkturellen Anstiegs im Jahre 1979 unterstellt. Für das reale Bruttosozialprodukt wird allgemein ein Wachstum von 3,5 bis 4 vH prognostiziert. Dabei halten aber selbst die optimistischeren Prognosen den Übergang zu einem sich selbst tragenden Aufschwung nicht für sicher. Für wahrscheinlicher wird eine Verlangsamung des Wachstumstempos im Jahresverlauf 1979 gehalten. Vorsicht in der Setzung von Prognosezahlen und in der Interpretation des dahinter stehenden konjunkturellen Verlaufs ist angesichts der nach wie vor existierenden Risiken angezeigt. Allerdings wiegen diese Risiken heute nicht mehr so schwer. Mit einem baldigen Abbruch der Aufwärtstendenz, wie er sich zu Beginn dieses Jahres ereignet hat, ist nicht zu rechnen.

Für die außenwirtschaftlichen Einflüsse auf die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik haben sich in jüngster Zeit einige Akzentverlagerungen er-

geben. Nachdem die USA durch die Währungsspekulation dazu gezwungen worden waren, die Restriktionspolitik zu verschärfen, hat sich zwar die währungspolitische Situation beruhigt, so daß die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft mit ihrer hohen Auslandsabhängigkeit nun zunächst nicht mehr durch weitere DM-Aufwertungen beeinträchtigt wird. Jedoch wirken die gleichen Maßnahmen, die zu einer Stabilisierung des Dollarkurses führen, restriktiv auf die Wirtschaft der USA. Ein gravierender konjunktureller Abschwung dort würde auch die deutschen Exportchancen mindern. Fraglich ist, ob konjunkturell verursachte Einbußen beim Export in die USA durch entsprechende Gewinne im Handel mit den übrigen westlichen Industrieländern ausgeglichen werden können.

Im Bereich der Verteilungspolitik steht die neue Lohnrunde an, die jetzt mit dem für die Stahlindustrie proklamierten Streik begonnen hat. Für die tariflichen Lohnsätze deutet sich ganz allgemein bei den Lohnverhandlungen keinerlei Dramatik an. Die Erkenntnis, daß in der gegenwärtigen Situation eine stetige Lohnpolitik auch zu einer Optimierung der lohnpolitischen Konsequenzen in bezug auf die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, der Beschäftigung und der Preise beiträgt, scheint sich weitgehend durchgesetzt zu haben. So ist auch in der Stahlindustrie die Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem aber der günstigste Weg dabei, der Hauptstreitpunkt. Unter einkommens- und beschäftigungspolitischem Aspekt gilt für die Frage der Arbeitszeitverkürzung allgemein: Ein rascher Abbau der Arbeitslosigkeit, sei es über die Verkürzung der Wochen-, sei es über die Verkürzung der jährlichen Arbeitszeit, kann davon nicht erwartet werden. Wohl aber kann mit dem Wiederanknüpfen an den früheren Trend, der zu einer Reduktion der normalen Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden und zu einer spürbaren Verlängerung des Jahresurlaubs geführt hat, eine mittelfristig auf Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung gerichtete Wirtschaftspolitik flankiert werden. Ein länger anhaltender Arbeitskampf in einer Schlüsselindustrie würde dagegen die kurzfristig bestehenden Chancen zur Verbesserung der Beschäftigungslage beeinträchtigen.

Mit den nun beginnenden Planungen der öffentlichen Haushalte für das Jahr 1979 werden wichtige

² Ein solches Verhalten würde dazu führen, daß saisonbereinigt in den kommenden Monaten ein relativ großer Rückgang der konjunkturellen Arbeitslosigkeit errechnet würde, dem dann allerdings im Frühjahr ein vorübergehender Anstieg folgen könnte, weil dann auch die saisonübliche Belegung geringer wäre. Eine „unerwartet“ günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt sollte daher in der nächsten Zeit nicht dazu verleiten, die Stärke des konjunkturellen Anstiegs und seine Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt zu überschätzen.

Weichen auch für die Finanzpolitik gestellt. Zu befürchten ist, daß bei den Planungen das Streben nach Konsolidierung schon wieder Vorrang erhält vor der konjunktur- und wachstumspolitischen Anregung³. Ein konjunkturpolitisch unvertretbares Einschwenken auf Konsolidierungskurs ist insbesondere für die Länder und Gemeinden zu befürchten.

Zur Zeit wird die konjunkturelle Entwicklung in starkem Maße von der Belegung im Bausektor getragen. In Rechnung zu stellen ist dabei aber, daß sich in der gegenwärtigen Häufung der Nachfrage nach Wohnbauten sowohl Nachholbedarf als auch — angeregt durch die noch immer günstigen Finanzierungsbedingungen — ein Vorziehen von sonst erst später in Angriff genommenen Bauplanungen manifestiert. Hinzu kommt, daß sich im öffentlichen Bereich mit dem Auslaufen der ZIP-Programme eine deutliche Abflachung der Nachfrage schon im zweiten

Halbjahr 1979 anbahnt. Unter diesen Umständen wäre es nicht nur mittelfristig, sondern auch unter konjunkturpolitischem Aspekt ein Fehler, im Vertrauen auf ein Anhalten der zur Zeit wirksamen Auftriebskräfte die Ausweitung der realen öffentlichen Investitionen zu beschneiden.

Befürchtungen dieser Art werden sich zwar nicht im Laufe der nächsten Monate bestätigen; noch sind die Auftragsbestände der Bauwirtschaft groß, und auch das Niveau der laufenden Nachfrage ist hoch. Risiken bestehen aber für die zweite Jahreshälfte 1979, denen durch die heutige Planung vorgebeugt werden muß.

³ Vgl.: Mittelfristige Finanzplanung der Gebietskörperschaften 1978 bis 1982: Kein Beitrag zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Bearb.: Dieter Vesper. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 48/78.

Entwicklung der Bautätigkeit in Berlin (West)

Bauergebnis 1977

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Landesamtes betrug das Bauvolumen Berlins im Jahre 1977 nominal 5,2 Mrd. DM, zu Preisen von 1970 gerechnet 3,2 Mrd. DM. Die reale Bauleistung lag damit nur geringfügig über dem Vorjahrsniveau (0,4 vH).

In den einzelnen Baubereichen war die Entwicklung sehr differenziert. Während der Wohnungsbau Produktionseinbußen von 3 vH verzeichnete und der öffentliche Tiefbau stagnierte, stieg die Produktion im gewerblichen Bau um 2 vH und im öffentlichen Hochbau sogar um 8 vH. Dabei überrascht der rückläufige Produktionswert im Wohnungsbau; denn die Zahl der fertiggestellten Wohnungen war 1977 mit 19 300 Einheiten um fast 50 vH höher als 1976 — Folge der Fristsetzung für Investitionszuschüsse. Die Diskrepanz ist nur mit einer ganz ungewöhnlichen Strukturverschiebung des Bauüberhangs zu erklären: Der Fertigstellungsgrad der Ende 1976 im Bau befindlichen Wohnungen ist erheblich höher gewesen als üblich.

Starke Reduzierung der Bauvorräte im Jahr 1977 . . .

Konjunkturpolitische Maßnahmen und rückläufige Nachfrage führten zu einem drastischen Rückgang der Bauvorräte. Im gesamten Hochbau wurden 1977 — gemessen in Kubikmetern umbauten Raumes — 8 vH mehr Bauten begonnen als im Jahr zuvor. Dennoch waren zum Jahresende 24 vH weniger Objekte im Bau als zum Jahresbeginn. Die noch nicht begonnenen Projekte lagen sogar um 59 vH unter Vorjahrsniveau. Vom Abbau der Nachfragereserven wurden ausnahmslos alle Hochbaubereiche betroffen: Im Wohnungsbau schrumpfte nach beschleunigter Abwicklung der Bauüberhang fast um die Hälfte (–47 vH). Auch im Wirtschaftsbau (–19 vH) und im öffentlichen Hochbau (–5 vH) blieb der Bauüberhang deutlich unter dem Vorjahrsstand.

. . . bestimmt Produktionsverlauf im Jahre 1978

Bei ungünstigeren Witterungsverhältnissen als im Vorjahr ging das reale Bauvolumen im ersten Quartal 1978 gegenüber dem ersten Quartal 1977 um 17 vH zurück. Im zweiten Quartal blieb die Produktion zwar lediglich um 5 vH unter dem vergleichbaren Vorjahrswert. Die Verringerung des Produktionsrückgangs indiziert jedoch keine konjunkturelle Besserung; sie ist vielmehr statistischer Reflex einer deutlichen Produktionsabschwächung im Vorjahr. Insgesamt war die Bauleistung im ersten Halbjahr 1978 gegenüber dem gleichen Vorjahrszeitraum um 11 vH geringer. Gravier-

Das Bauvolumen in Berlin (West) nach Baubereichen

	Wohnungs- bau	Gewerbl. und ind. Bau	Öffentl. u. Verkehrsbau			Bauvolumen insgesamt
			insges.	Hochbau	Tiefbau	
a) zu jeweiligen Preisen in Mill.DM						
1975	2 052	1 347	1 334	614	720	4 733
1976	2 194	1 361	1 342	622	720	4 897
1977	2 248	1 469	1 452	714	738	5 169
1977						
I	420	303	281	125	156	1 004
II	560	369	352	164	188	1 281
III	571	387	376	193	183	1 334
IV	697	410	443	232	211	1 550
1978						
I	324	269	268	117	151	861
II	495	381	365	169	196	1 241
b) Preisentwicklung 1970 = 100						
1975	153.9	145.6	143.1	150.1	137.7	148.4
1976	158.3	149.6	147.1	154.3	141.5	152.6
1977	167.5	158.0	153.2	163.4	144.4	160.5
1977						
I	163.4	153.0	147.9	158.2	140.5	155.7
II	167.7	157.7	153.0	164.0	144.6	160.5
III	169.4	159.9	154.7	165.0	145.2	162.3
IV	168.4	160.2	155.4	164.5	146.5	162.3
1978						
I	171.4	158.2	154.0	164.8	146.6	161.5
II	173.1	160.8	157.3	167.3	149.6	164.4
c) zu Preisen von 1970 in Mill.DM						
1975	1 333	925	932	409	523	3 190
1976	1 386	910	912	403	509	3 208
1977	1 342	930	948	437	511	3 220
1977						
I	257	198	190	79	111	645
II	334	234	230	100	130	798
III	337	242	243	117	126	822
IV	414	256	285	141	144	955
1978						
I	189	170	174	71	103	533
II	286	237	232	101	131	755
d) Veränderung des realen Bauvolumens gegenüber dem Vorjahr in vH						
1975	- 8,8	- 7,0	- 3,4	- 6,3	- 1,0	- 6,7
1976	4,0	- 1,6	- 2,1	- 1,5	- 2,7	0,6
1977	- 3,2	2,2	3,9	8,4	0,4	0,4
1977						
I	- 6,3	-12,1	-12,7	-10,1	-14,5	-10,0
II	3,2	0,9	1,7	- 3,0	5,2	2,1
III	5,8	- 0,8	2,5	4,5	0,8	2,9
IV	9,7	4,7	- 2,2	0	- 3,9	4,8
1978						
I	7,5	4,8	15,2	11,3	18,1	8,8
II	- 4,6	0	- 3,8	2,0	- 7,8	- 3,0
III	- 8,2	- 0,4	0	0,9	- 0,8	- 3,6
IV	- 3,7	4,9	7,5	19,5	- 2,0	1,7
1978						
I	-26,5	-14,1	- 8,4	-10,1	- 7,2'	-17,4
II	-14,4	1,3	0,9	1,0	0,8	- 5,4
Quelle: Statistisches Landesamt Berlin. Angaben ab 1977 vorläufig.						

Quelle: Statistisches Landesamt Berlin.
Angaben ab 1977 vorläufig.

Entwicklung des Bauüberhangs Im Berliner Hochbau seit 1976

	Jahresanfang			1977 1978	
	1976	1977	1978	1977	1978
	1 000 m ³ um- bauter Raum			Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH	
Wohnbauten	7 025	7 653	4 070	8,9	-46,8
im Bau	5 928	5 752	3 242	- 3,0	-43,6
noch nicht begonnen	1 097	1 901	828	73,3	-56,4
Nicht-Wohnbauten	7 018	6 421	5 639	- 8,5	-12,2
im Bau	6 499	5 546	5 337	-14,7	- 3,8
noch nicht begonnen	519	875	302	68,6	-65,5
davon					
Wirtschaft und Private	3 741	3 419	2 773	- 8,6	-18,9
im Bau	3 334	2 901	2 534	-13,0	-12,7
noch nicht begonnen	407	518	239	27,3	-53,9
Öffentliche Bauherren	3 277	3 002	2 866	- 8,4	- 4,5
im Bau	3 165	2 645	2 803	-16,4	6,0
noch nicht begonnen	112	357	63	218,8	-82,4
Hochbau insgesamt	14 043	14 074	9 709	0,2	-31,0
im Bau	12 427	11 298	8 579	- 9,1	-24,1
noch nicht begonnen	1 616	2 776	1 130	71,8	-59,3

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

rend ist der Produktionseinbruch im Wohnungsbau: Hier wurde das Produktionsniveau des Vorjahres um 20 vH unterschritten. Aber auch im Wirtschaftsbau (-6 vH) und im öffentlichen Hoch- und Tiefbau (-3 vH) wurde das vorjährige Bauergebnis nicht erreicht.

Für das Baugewerbe, dessen Anteil am Bauvolumen der Stadt rund 70 vH beträgt, reichen die statistischen Indikatoren bis zum September. Im Bauhauptgewerbe war das arbeitstägliche Produktionsergebnis nach vorläufigen Berechnungen des DIW von Januar bis September 1978 um 13 vH niedriger als im vergleichbaren Vorjahrszeitraum. Selbst wenn man die ungünstigeren Witterungsverhältnisse im ersten Quartal berücksichtigt und die arbeitskampfbedingten Produktionsausfälle im August dieses Jahres mit einbezieht — normalerweise wäre das Arbeitsvolumen in diesem Monat etwa um 15 vH höher gewesen —, so verbleibt für die ersten neun Monate 1978 eine Abnahme der Bauleistungen im Bauhauptgewerbe von 10 vH.

Wie es die Veränderung der Bauvorräte erwarten ließ, verzeichnete der Wohnungsbau überdurchschnittliche Einbußen — die Bauproduktion lag hier von Januar bis September arbeitstäglich um 27 vH unter der des Vorjahrszeitraumes. Wesentlich geringer war der Produktionsrückgang in den übrigen Baubereichen. Die Tiefbauproduktion nahm um 9 vH ab; dabei ging der sonstige Tiefbau bedeutend stärker zurück (-14 vH) als der Straßenbau (-3 vH). Auch der Wirtschaftsbau blieb unter dem Produktionsniveau des Vorjahres (-4 vH). Verzögert wurde der Rückgang allein durch die stagnierende Entwicklung im öffentlichen Hochbau.

Im Hinblick auf die erhebliche Bedeutung der Bauleistungen an bestehenden Gebäuden wird seit dem vergangenen Jahr das Ausbaugewerbe in die amtliche Statistik des produzierenden Gewerbes (SYPRO) ein-

Produktionsentwicklung im Berliner Baugewerbe

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH
arbeitstäglich

	1976	1977	1978 Januar bis September	1977				1978		
				I	II	III	IV	I	II	III
Bauhauptgewerbe insgesamt	- 5	- 1	- 13	15	- 4	- 3	- 7	- 16	- 9	- 14
Wohnungsbau	- 3	- 7	- 27	16	- 1	- 10	- 23	- 30	- 24	- 28
Wirtschaftsbau	- 7	- 1	- 4	8	- 3	- 1	- 9	- 9	- 3	- 4
Öffentlicher und Verkehrsbau	- 4	3	- 6	18	- 6	1	6	- 10	- 2	- 9
Hochbau	- 3	10	0	27	3	0	19	- 2	2	2
Tiefbau	- 4	0	- 9	14	- 10	1	1	- 11	- 3	- 14
davon:										
Straßenbau	- 15	6	- 3	33	- 10	7	9	- 14	5	- 5
Sonstiger Tiefbau	5	- 4	- 14	5	- 10	- 2	- 4	- 13	- 10	- 20
Ausbaugewerbe ¹⁾	.	.	- 13	.	.	.	.	- 10	- 17	- 13

1) Das Ausbaugewerbe wurde erst 1977 in das Programm zur Erhebung monatlicher Konjunkturdaten einbezogen (SYPRO).

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

bezogen. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen dieser Berichterstattung läßt 1978 die Bautätigkeit im Ausbaugewerbe ebenfalls stark nach. Offensichtlich hat die Reduzierung der Bauvorräte im vergangenen Jahr trotz erklärter Absicht zur verstärkten Förderung substanzerhaltender Maßnahmen die Auftragslage im Ausbaugewerbe nicht minder beeinträchtigt als im Bauhauptgewerbe: Arbeitstäglich bereinigt war in den Monaten Januar bis September eine um 13 vH geringere Ausbauleistung zu verzeichnen als im vergleichbaren Vorjahrszeitraum.

Ausblick: Trotz Zunahme von Baugenehmigungen und Auftragsvergaben...

Das Volumen genehmigter Hochbauvorhaben — veranschlagte reine Baukosten, preisbereinigt — stieg von Januar bis September gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum um 24 vH, im dritten Vierteljahr sogar um 35 vH. Träger dieser Entwicklung sind der Wohnungsbau und der öffentliche Hochbau. In beiden Bereichen wurden in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um fast 30 vH mehr Bauten genehmigt als im vergleichbaren Zeitraum 1977. Das Genehmigungsvolumen für Wirtschaftsbauten blieb dagegen nahezu unverändert (+2 vH).

Die Auftragsvergaben im Tiefbau stiegen in den ersten drei Quartalen preisbereinigt im Vorjahresvergleich um 11 vH; nach einer leicht rückläufigen Entwicklung im ersten Halbjahr nahmen sie im dritten Quartal um 38 vH zu. Das Auftragsvolumen für Straßen- und Wasserstraßenbauten war dabei in den ersten drei Quartalen kaum höher als 1977 (+1 vH); im sonstigen Tiefbaubereich dagegen expandierten die Auftragsvergaben — insbesondere aufgrund des sprunghaften Anstiegs im dritten Quartal — sehr kräftig (+40 vH).

...keine Tendenzwende in der Produktion

Die dargestellte Nachfrageentwicklung muß indes vor dem Hintergrund der Sonderbewegung des Jahres 1977 beurteilt werden. Die befristeten Investitionsanreize im Rahmen der konjunkturfördernden Maßnahmen 1975 und 1976 führten insbesondere im Wohnungsbau, aber auch im Wirtschaftsbau zu vorgezogenem Beginn und beschleunigter Abwicklung baureifer Projekte. Auch die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 dürfte nicht ohne Einfluß auf die Fertigstellungstermine gewesen sein. Infolge dieser Einflüsse erreichten die Genehmigungen im Wohnungsbau 1977 einen Tiefstand. Der steile Anstieg der

Entwicklung der Genehmigungen im Hochbau und der Auftragsvergaben im öffentlichen Tiefbau in Berlin (West)

	Gewichte 1977 in vH	Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH				
		1977	1978			
			1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	Januar bis September
Genehmigungsvolumen ¹⁾ im Hochbau						
Wohnbauten	53	- 34	- 6	68	25	30
Nichtwohnbauten	47	10	46	- 14	50	18
Wirtschaft und Private	19	- 14	96	- 23	- 3	2
öffentliche Bauherren ²⁾	28	35	24	- 10	111	29
Genehmigungsvolumen insgesamt	100	- 19	13	20	35	24
Reale Auftragsvergaben ³⁾ im öffentlichen Tiefbau						
Straßen- und Straßenbrückenbauten	35	- 13	34	18	- 29	6
Wasserwirtschaftliche Tiefbauten	28	12	6	- 12	- 9	- 5
Sonstige Tiefbauten	37	- 23	- 36	- 54	231	40
Auftragsvergaben insgesamt	100	- 12	6	- 12	38	11

1) Veranschlagte reine Baukosten aller genehmigungspflichtigen Baumaßnahmen, preisbereinigt mit dem amtlichen Preisindex für Wohngebäude. - 2) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter. - 3) Aufträge mit einem Wert von über 25 000 DM, preisbereinigt mit dem amtlichen Preisindex für Tiefbauten.

Quellen: Statistisches Landesamt Berlin; DIW.

Wohnungsbaugenehmigungen im zweiten und dritten Quartal 1978 stellt somit lediglich eine Annäherung an den mittelfristigen Nachfragetrend dar. Das bestätigt auch die Zahl der im Bau befindlichen öffentlich geförderten Wohnungen: Ende November waren es rund 2 100 Wohnungen weniger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Ergebnisse der Auftragsvergabestatistik für Tiefbauten sind ebenfalls zu relativieren: Hier haben im dritten Quartal 1978 vor allem die Auftragsvergaben mit längerfristigen Ausführungszeiten zugenommen; diese Aufträge haben kurzfristig nur geringe Produktionswirkungen.

Daß die aus dieser Nachfrageentwicklung resultierenden Produktionseffekte eher zurückhaltend zu veranschlagen sind, belegt schließlich auch der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe: Er belief sich Ende September auf rund 1,3 Mrd. DM; damit war er zwar um 300 Mill. DM (+28 vH) höher als Ende Juni — jedoch um 450 Mill. DM (–26 vH) niedriger als Ende September 1977.

Auch bei einer Abschwächung des Produktionsrückgangs im vierten Quartal — insbesondere sind kurzfristige Impulse durch die Novellierung des Wohnungsbaumodernisierungsgesetzes noch vor Jahresende nicht auszuschließen — wird die Produktion des

Berliner Baugewerbes 1978 das Vorjahrsergebnis nominal um etwa 7 vH, real gerechnet um etwa 12 vH unterschreiten.

Im Zuge dieser Entwicklung hat das Baugewerbe seine maschinellen und personellen Kapazitäten stark eingeschränkt. Im Frühjahr dieses Jahres plante — der DIW-Investitionsbefragung zufolge — das West-Berliner Bauhauptgewerbe für 1978 um 27 vH weniger Investitionsausgaben als im Jahre zuvor. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Bauberichterstattung dürfte der Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr im Bauhaupt- und Ausbaugewerbe im Jahresdurchschnitt 8 vH betragen.

Den Untersuchungen des DIW über die mittelfristigen Tendenzen der Bautätigkeit in Berlin zufolge nimmt die Nachfrage nach Bauleistungen weiterhin ab¹. Nach dem Auslaufen der befristeten Investitionsanreize und der daraus resultierenden diskontinuierlichen Entwicklung — einem Schub in den Jahren 1976 und 1977 folgte der Produktionseinbruch des Jahres 1978 — ist für 1979 allerdings mit einem abgeschwächten Rückgang der Bautätigkeit zu rechnen.

¹ Vgl. Horst Droege: Tendenzen der bauwirtschaftlichen Entwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1982. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW. Heft 4/1978 (im Druck).

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Zur Wirtschaftslage: Übertriebene Währungsspekulation wirkt wachstumshemmend bearbeitet von Manfred Teschner und Joachim Volz. —
Bundesrepublik Deutschland: Konjunktur kräftigt sich bearbeitet von Horst Seidler. — Entwicklung der Bautätigkeit in Berlin (West)
bearbeitet von Horst Droege.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit
Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.